



Der Brandschutz für Hochhäuser wird in Graz besonders streng ausgelegt.

## TEURER BRANDSCHUTZ TREIBT Hilferuf der

Nachdem die Feuerpolizei seit 2000 enorm teure Brandschutzmaßnahmen in 240 Grazer Hochhäusern vorschreibt, wurde die KPÖ aktiv. Nun beschloss der Landtag eine Veränderung der Gesetze, damit die Bewohner nicht in den Ruin getrieben werden.

Als man mir sagte, wenn ich mir die neuen Brandschutzmaßnahmen nicht leisten kann, dann müsse ich eben meine Wohnung verkaufen und ausziehen, hab ich mir die Tränen verkniffen." – Für Ingrid Moretti, Hochhausbewohnerin in der Wienerstraße, war das der Startschuss, um gegen eine dubiose Auslegung des Bau- und Feuerpolizeigesetzes in Graz zu Felde zu ziehen. Nun erscheint Licht am Horizont: Der Landtag hat eine Änderung der Gesetzeslage beschlossen. Der Anstoß dafür kam von der KPÖ.

### 11.000 Euro

Seit dem Jahr 2000 steigt der Unmut in den 240 Grazer Hochhäusern – das sind alle Häuser mit mehr als acht Stockwerken oder mehr als 22 m Gebäudehöhe – stetig an. Der Grund dafür sind extrem aufwändige Brandschutzmaßnahmen, die von der Grazer Feuerpolizei vorgeschrieben werden und die sich für jede Wohnung mit rund 11.000 Euro zu Buche schlagen. „Dafür gibt es einen Kredit vom Land zu sehr

guten Konditionen. Aber für Menschen mit einer Pension von wenigen 100 Euro sind die Rückzahlungsraten von 109 Euro pro Monat als zusätzliche Belastung nicht finanzierbar“, weiß Moretti, die inzwischen das Sprachrohr der Grazer Initiative Hochhaus-Bewohner ist.

Für Wohnungsstadträtin Elke Kahr ist das ein triftiger Grund zu helfen: „Jeder sieht ein, dass aus Sicherheitsgründen notwendige Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden müssen. Trotzdem muss man auf die Auswirkungen auf die Betroffenen achten, die sich solche Kosten nicht leisten können.“ Beim Besuch einer Infoveranstaltung hat sich die Wohnungsstadträtin davon überzeugt, wie dramatisch die Lage in vielen Häusern ist. Und sie hat sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet, die nun Früchte tragen.

### Hilfe naht

Denn auf die Petition der KPÖ an das Land, wonach die Gesetzlage entschärft werden soll, folgte nun eine breite Diskussion im Landtag. Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP haben inzwischen den Ernst der Lage erkannt, die seltsamerweise nur in Graz so dramatische Auswirkungen zeigt. Überall sonst in der Steiermark wird das bestehende Gesetz humaner gehandhabt. „In Graz kommt es zu weit überzogenen Forderungen der Feuerpolizei“, heißt es im Landtagsstück, das die ÖVP eingebracht hat. Moretti: „Nirgendwo sonst in der Steiermark oder in Österreich verlangt die Feuerpolizei derart teure Maßnahmen.“

MENSCHEN IN DEN RUIN

# Hochhaus-Bewohner erhört

Mehr Augenmaß bei der Grazer Feuerpolizei ist also gefragt – neue Bestimmungen im Feuerpolizeigesetz sollen das fördern, indem sie Maßnahmen mit enormen Kosten verhindern.

Was nun passiert, liegt am zuständigen Landesrat Manfred Wegscheider. Dort wartet das Gesetz auf eine Überarbeitung – und tausende Hochhaus-Bewohner auf die entscheidende Hilfe.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:  
KPÖ-Ernest Kaltenegger,  
Lagergasse 98a, 8020 Graz,  
Fax 71 62 91 oder email:  
[stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)

## VIEL GELD:

**Graz zählt rund 240** Hochhäuser, die allesamt älter als 30 Jahre sind und die auf neuesten feuerpolizeilichen Stand gebracht werden müssen.

**Wirbel gibt es** um die vorgeschriebenen Maßnahmen: Funktionierende Brandmelder sollen etwa durch neue mit Zusatzkosten von 500 Euro pro Monat ersetzt werden.

**Mehr als 50 Millionen** Euro machen die Aufträge für die Maßnahmen der Grazer Feuerpolizei in Summe aus. Daran lässt sich gut verdienen...



Große Siedlungen versprechen ein großes Geschäft